

LAND TAGS KURIER



**Landtagskurier per E-Mail
JETZT ABONNIEREN!**
(mehr auf S. 24)



Seite 5:
Regierung legt Entwurf
zum Doppelhaushalt
2021/2022 vor



Seite 17:
Landtag erinnert mit
Gedenkveranstaltung an
Opfer des Holocaust



Seite 22:
Sächsische Landes-
geschichte: Das Palais
Brühl von 1763 bis 1900

Ausgabe
1.21



Sächsischer Landtag



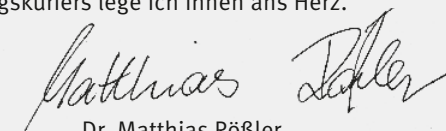
Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

dem Parlament kommt in unserer Demokratie die Schlüsselrolle des Gesetzgebers zu. Mit seinen Entscheidungen legt es die Grundlage dafür, dass die Regierung handeln kann. Unter den zahlreichen Gesetzen, die im Sächsischen Landtag beraten werden, ist keines so grundlegend wie das Haushaltsgesetz. Den Staatsetat zu verabschieden, das gehört zum althergebrachten »Königsrecht« des Parlaments.

Am 7. Januar 2021 stand erstmals der Haushaltsentwurf für die Jahre 2021 und 2022 auf der Tagesordnung im Plenum. Der Landtagskurier zeichnet die Debatte in seiner aktuellen Ausgabe, nach und erläutert den Weg des Haushaltsverfahrens. In den kommenden Wochen werden die Beratungen in den Ausschüssen weitergeführt. Die Haushaltsgesetzgebung entspricht einem Kraftakt, allein der Entwurf umfasst knapp 5 000 Seiten Papier. Die Abgeordneten entscheiden zudem über ca. 1 500 Änderungsanträge. All dies geschieht, während die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch immer nicht voll abschätzbar sind. Ich habe daher in meiner Neujahrsansprache deutlich gemacht, dass der finanzpolitische Ausnahmezustand, in dem wir uns seit knapp einem Jahr befinden, bald wieder enden muss. Der vom Sächsischen Landtag 2020 einstimmig beschlossene Kreditrahmen nach Artikel 95 der Verfassung trägt dazu bei, den Staatshaushalt in diesem und im kommenden Jahr stabil zu halten. Nun ist es unsere vordringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass unsere Wirtschaft schnell wieder festen Boden unter die Füße bekommt. Auf den Schulden dürfen wir deshalb nicht zu lange sitzen bleiben, sondern sollten besser heute als morgen wieder zu finanzpolitischer Solidität zurückkehren.

Während der Haushalt unsere Zukunft in den Blick nimmt, dürfen wir nicht die Vergangenheit vergessen. Daher fand am 27. Januar 2021, leider in einem deutlich kleineren Rahmen als in den Vorjahren, die traditionelle Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Sächsischen Landtags statt. Die Erinnerung an den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch und an das Schicksal unzähliger Menschen bleibt eine politische und bürger-schaftliche Aufgabe; es bleibt eine wichtige Gedenkaufgabe für uns alle. Den Beitrag über die Veranstaltung in dieser neuen Ausgabe des Landtagskuriers lege ich Ihnen ans Herz.


Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

»Leben wir eine Verantwortungsgesellschaft!«

Landtagspräsident kritisiert in seiner Neujahrsansprache die Verbreiter von Verschwörungstheorien und warnt vor Schulden in »astronomischer Höhe« 4

21. Sitzung des Sächsischen Landtags

Zwischen Krisenbewältigung und Zukunftsinvestitionen

Finanzminister legt Entwurf des Doppelhaushalts 2021/2022 vor 5

Hintergrundinformationen zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2021/2022 7

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Weiterhin hohe Aufmerksamkeit

Staatsregierung sieht Erfolge bei Corona-Eindämmung, warnt aber vor großen Öffnungsschritten 8

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Undurchsichtiges Verfahren

Erweiterung des Tagebaus Turów im Dreiländereck Polen-Deutschland-Tschechien sorgt für Ärger 9

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Mehr Zeit für die Kleinsten

Zusätzliche Gelder sollen Personalsituation in Kitas verbessern ... 10

23. Sitzung des Sächsischen Landtags

Zusammenhalt als Medizin

In der Pandemie sind Verständnis und Solidarität gefragt 11

23. Sitzung des Sächsischen Landtags

Unternehmen in Schwierigkeiten

Wirtschaft kämpft mit den Folgen der Corona-Beschränkungen 12

23. Sitzung des Sächsischen Landtags

Keine leeren Schaufenster

Corona-Pandemie erhöht den Druck auf die Einzelhändler in Sachsens Innenstädten 13

PARLAMENT

Bus und Bahn in der Offensive

Sicherung einer krisen- und zukunftsfesten Finanzierung des ÖPNV 14

82 123 Unterschriften in 32 Sammelpetitionen

Landtag verabschiedet Petitionsbericht 2019 15

Laufende Gesetzgebung 16

AKTUELLES

»Diktaturen nicht verharmlosen«

Gedenkstunde am 27. Januar 2021 im Sächsischen Landtag 18

EIN TAG MIT ...

Alles eine Frage der Organisation

Ein Tag mit Susanne Schaper, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 20

GESCHICHTE

Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus

Teil 3: Nutzungsgeschichte von 1763 bis 1900 22

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags 24

Neujahrsansprache und Haushaltseinbringung, Corona-Pandemie, Tagebau Turów und Kitas

Foto: O. Killig

// Am 7. Januar 2021 trat der Sächsische Landtag erstmals im neuen Jahr zusammen. In der 21. Sitzung hielt zunächst Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die traditionelle Neujahrsansprache. Anschließend stellte Finanzminister Hartmut Vorjohann den Haushaltsentwurf 2021/2022 im Plenum vor. Die 22. Sitzung am 3. Februar 2021 begann mit dem Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie, danach folgten zwei Aktuelle Debatten zum polnischen Tagebau Turów und zur frühkindlichen Bildung. Auf der 23. Sitzung am Tag darauf befasste sich der Landtag unter anderem mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den wirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen Krise. //



// Coronabedingt konnte der Sächsische Landtag das neue Jahr nicht mit dem traditionellen Neujahrsempfang einläuten. Stattdessen hielt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner seine Neujahrsansprache zum Auftakt der 21. Plenarsitzung am 7. Januar 2021. Sternsingerkinder verkündeten zuvor in der Lobby ihre Botschaft. //

// Dr. Matthias Röbner // Fotos: S. Floss

Dr. Thomas Schubert

»Leben wir eine Verantwortungsgesellschaft!«

Landtagspräsident kritisiert in seiner Neujahrsansprache die Verbreiter von Verschwörungstheorien und warnt vor Schulden in »astronomischer Höhe«

»Alle sind jetzt Katastrophenschützer!«

In seiner Rede dankte der Landtagspräsident den vielen Menschen, die in der Corona-Pandemie »untereinander größten Respekt zeigen, indem sie sich vor Ansteckung schützen«, sowie all jenen, die »unser Land am Laufen halten, indem sie bis zur eigenen Erschöpfung Patienten pflegen, die Sicherheit und Ordnung wahren oder für unser Wohlergehen sorgen«.

Die Corona-Pandemie sei eine »Naturkatastrophe in Zeitlupe«, die unsere moderne Gesellschaft fordere. Man könne da nicht alles auf den Staat, auf die professionellen Helfer abwälzen. »Verantwortlich sind in einer Pandemie jeder und jede. Alle sind jetzt Katastrophenschützer!« Nicht auf Anweisungen zu warten, sondern für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, auch das zeichne freie Bürger aus. Sein Appell: »Leben wir eine Verantwortungsgesellschaft!«

Der Landtagspräsident rief demgemäß dazu auf, sich impfen zu lassen: »Ärmel hoch! So lautet die Devise – für alle im Land. Wenn wir an der Reihe sind, dann sollten wir unseren kleinen Teil beitragen.« Zugleich kritisierte er diejenigen, die »Virus und Krankheit noch immer verharmlosen, Verschwörungstheorien verbreiten, von einer Corona-Diktatur schwafeln«. Ihr Verhalten sei indiskutabel rücksichtslos.

// Sternsingerkinder aus Dresden verkündeten vor Beginn der Plenarsitzung in der Lobby des Landtags ihre Botschaft und erteilten den Haussegen für 2021. //



»Finanzpolitischer Ausnahmezustand muss schnellstmöglich enden«

Mit Blick auf den vom Landtag 2021 zu verabschiedenden Landeshaushalt sagte Röbner: »Schulden in astronomischer Höhe kann jeder machen. Das ist leicht. Der Schuldenabbau, der Wiedereintritt in die Atmosphäre, darin liegt die Schwierigkeit. Der finanzpolitische Ausnahmezustand, zu dem wir gezwungen sind, muss schnellstmöglich enden. Besser heute als morgen sollte wieder Solidität im Mittelpunkt des Budgets stehen.«

Durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen trafen politische Wünsche und Ideen auf die bittere Wirklichkeit. Es bedürfe daher einer überzeugenden Politik, die mutig für die Menschen im Freistaat Sachsen handle. Der Sächsische Landtag nehme jetzt sein althergebrachtes »Königsrecht« wahr und entscheide verantwortungsvoll über die künftigen sächsischen Staatsfinanzen.



21. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Georg-Ludwig von Breitenbuch



// Jörg Urban



// Rico Gebhardt



// Franziska Schubert



// Dirk Panter // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Zwischen Krisenbewältigung und Zukunftsinvestitionen

Finanzminister legt Entwurf des Doppelhaushalts 2021/2022 vor

// Am 7. Januar 2021 kam der Sächsische Landtag zu seiner 21. Sitzung zusammen. Den Schwerpunkt bildete dabei die 1. Beratung der Regierungsentwürfe zum Haushaltsgesetz 2021/2022 und dem Haushaltsbegleitgesetz. Trotz der wirtschaftlichen Lage aufgrund der Corona-Pandemie bleibt das öffentliche Finanzvolumen im Freistaat Sachsen etwa auf Höhe der Vorjahre. Die Planung sieht für das laufende Jahr 21,2 Milliarden Euro und rund 21,7 Milliarden Euro für das Jahr 2022 vor. //

Staatsregierung: Haushaltsentwurf setzt wichtige Impulse

Der sächsische Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU, trug erstmals seit seinem Amtsantritt 2019 die Zahlen zum kommenden Doppelhaushalt im Plenum vor. Er betonte zu Beginn, es sei mit dem vorliegenden Entwurf gelungen, ohne drastische Einsparungen auszukommen. Allerdings müsse man dafür neue Schulden aufnehmen. Die sparsame Finanzpolitik der

Vorjahre habe in Sachsen Gestaltungsspielräume geschaffen, die jetzt genutzt würden. Dazu stabilisiere und entlaste man die Wirtschaft, setze unterstützende Impulse und bringe wichtige Investitionen voran. Die aufgenommenen Schulden müssten jedoch auch wieder zurückgezahlt werden. Erst 2022 werde Sachsen wieder das alte Einnahmenniveau erreichen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt bleibe aber unsicher. Positiv wirke sich aus, dass

Sachsen in den kommenden Jahren mit steigenden Zuschüssen von Bund und EU rechnen könne. Die Investitionsquote bleibe auf hohem Niveau stabil, Gleiches gelte für die Zuweisungen an die Gemeinden.

AfD: Sparen an der falschen Stelle

Auf die Rede des Finanzministers erwiderte Jörg Urban, AfD, der vorliegende Entwurf verzeichne steigende Ausgaben

bei sinkenden Steuereinnahmen. Das erinnere ihn an die Haushaltspolitik südeuropäischer Staaten, die ihre Haushalte seit Jahren mit Krediten ausglich. Ausgaben könnten gesenkt werden, indem man umfassend Bürokratie abbaue. Außerdem seien die vorgesehenen Mittel zur CO₂-Minderung verschwendet, da Sachsen das Klimaziel für 2020 übererfüllt habe. Die Gelder fänden in der Forschungsförderung zur Kernenergienutzung einen sinnvolleren Nutzen. Stärken solle man auch die

»Insgesamt beweist der vorgelegte Haushalt Handlungsfähigkeit, ohne übermütig zu sein.«

// Hartmut Vorjohann



21. Sitzung des Sächsischen Landtags

finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen. Sie dürften nicht länger zu Bittstellern degradiert werden. Die sächsischen Krankenhäuser litten ebenfalls an Unterfinanzierung. Bei ihnen, den Familien, der Polizei sowie den freiwilligen Feuerwehren spare die Regierung an der falschen Stelle.

CDU: Zeichen von Stabilität und Solidarität

Das Haushaltsrecht sei das Königsrecht der sächsischen Volksvertretung, bekundete Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU. Das Parlament ermächtige die Regierung, innerhalb des vorgegebenen Rahmens sowie anhand bestimmter Schwerpunkte die Geldmittel einzusetzen. In den vergangenen Jahren habe man stets mit höheren Einnahmen rechnen und das Land dadurch voranbringen können. Im jetzigen Regierungsentwurf erkenne er, wie von der CDU-Fraktion gefordert, sowohl ein Zeichen der Stabilität als auch der Solidarität. Mit dem Generationenfonds betreibe man weiter Vorsorge für die Pensionslasten und mit einer Quote von 14 Prozent investiere

man in Sachsens Zukunft. Das hohe Finanzvolumen der Vergangenheit könne dank des im vergangenen Jahr aufgenommenen Corona-Sondervermögens gehalten werden. Man dürfe aber nicht die jährliche Deckungslücke von zwei Milliarden Euro verschweigen, die ab dem Haushaltsjahr 2023 entstehe.

DIE LINKE: Wunsch nach fürsorgendem Staat

Für ihn komme der Haushaltsentwurf der Staatsregierung zu spät, kritisierte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Besser wäre es gewesen, vom Prinzip der Doppelhaushalte abzuweichen und für nur ein Jahr zu planen. Anzunehmen, nach Corona ginge alles weiter wie zuvor, sei ein Trugschluss. Seine Fraktion werde darauf dringen, dass nicht diejenigen für die Krise bezahlen, die sowieso nur über wenig Geld verfügten. Viele Menschen wünschten sich einen fürsorgenden Staat und eine verlässliche Politik. Nötig sei daher eine sozialökologische Transformation der Wirtschaft durch Investitionen in lokale Wirtschaftskreisläufe. Die Corona-Krise lege zudem deutliche

Defizite beim öffentlichen Gesundheitsdienst und in der digitalen Bildung offen. Anstrengungen bräuchte es ebenso beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wer jetzt nicht investiere, schade den Kindern und Enkeln. Ihnen dürfe man kein abgewirtschaftetes Gemeinwesen hinterlassen.

BÜNDNISGRÜNE: Strukturelle Veränderungen notwendig

Angesichts der gegenwärtigen Situation sei es eine gewaltige Herausforderung, einen tragfähigen Haushalt aufzustellen, so Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE. Es gelte, neben der Krisenbewältigung nachhaltige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und Schwerpunkte aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Ihre Fraktion halte es für richtig, antizyklisch zu handeln und nicht in die Krise hineinzusparen. Mit dem vorgelegten Entwurf könne man daher arbeiten. Strukturelle Veränderungen seien im Haushaltsplan allerdings auch ohne Krise angezeigt, um etwa auf den Strukturwandel oder die Klimakrise zu reagieren. Zusätzlich müssten ab 2023 Finanzlücken in den Haushalten gefüllt werden. Dann würden auch die ersten Tilgungsraten für die derzeitigen Notkredite fällig. Die Rückzahlungen sollten so festgelegt werden, dass man handlungsfähig

bleibe. Für die gegenwärtige vorläufige Haushaltsführung forderte Franziska Schubert, wichtige Strukturen im sozialen Bereich und beim Ehrenamt zu sichern.

SPD: Haushalt sichert wichtige Aufgaben ab

Dirk Panter, SPD, prophezeite ähnlich wie seine Vorrednerin schwierige Haushaltsverhandlungen. Seine Partei habe klargemacht, dass es pauschale und radikale Haushaltskürzungen wie 2010 nicht geben werde. Vielmehr finanziere man in der Krise die regulären Ausgaben des Haushalts auf dem Niveau der letzten Jahre weiter und sichere damit wichtige Aufgaben in der Jugendhilfe, der Kulturförderung, im Gesundheitsdienst, in Kitas und Schulen sowie bei den sozialen Leistungen ab. Man spanne ebenso einen Rettungsschirm für die Kommunen auf. Sachsen sei trotz der jüngsten Kreditaufnahme das Land mit der niedrigsten Pro-Kopf-Veranschuldung in Deutschland. Man dürfe daher zukünftig nicht in die Tilgungsfalle tappen, sondern müsse weiter investieren. Dirk Panter forderte, die Einnahmenseite des Haushalts zu prüfen. Denkbar wäre es, in der Niedrigzinsphase weitere Kredite aufzunehmen oder Menschen mit besonders hohem Vermögen stärker in die Verantwortung zu nehmen.





Hintergrundinformationen zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2021/2022

Foto: weyo/stock.adobe.com

Politisch und historisch betrachtet gehört die Verabschiedung des Haushalts zu den Kernkompetenzen des Parlaments. Der seit 1999 zweijährig vorgelegte Budgetplan gibt Auskunft darüber, wie viel Geld der Freistaat Sachsen pro Jahr einnimmt und ausgegeben werden kann.

Zu Beginn legt das Sächsische Staatsministerium der Finanzen dem Landtag einen Entwurf des Haushaltsplanes und des Haushaltsgesetzes vor. Dieser entsteht nach langen und intensiven Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts und wird anschließend vom Kabinetten beraten und beschlossen.

// Der Sächsische Landtag befasst sich in den kommenden Wochen mit dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2021 und 2022. Der Beschluss des Staatshaushalts gehört zu den wichtigsten und wirkungsvollsten Rechten des Parlaments. Dieses Mal dürfte in den Verhandlungen besonders hart gerungen werden. Bis zur Verabschiedung gilt für Sachsen die vorläufige Haushaltsführung. //

Im laufenden Haushaltsverfahren reichte die Staatsregierung ihren Haushaltsentwurf am 8. Dezember 2020 – und damit ein halbes Jahr später als ursprünglich geplant – beim Sächsischen Landtag ein. Auf insgesamt 4 287 Seiten sind die geplanten Ausgaben und Einnahmen des Staatsaushaltes

detailliert aufgeführt. Er umfasst für die kommenden zwei Jahre ein Volumen von 21,2 Milliarden (2021) und 21,7 Milliarden Euro (2022).

Haushaltsberatungen – ein parlamentarischer Marathon

Der Landtag berät den Regierungsentwurf zunächst in einer ersten Plenardebatte. Anschließend geht er federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an die Fachausschüsse. Dort wird er begutachtet und unter Berücksichtigung externer Expertisen ausgiebig erörtert. Die Parlamentarier können mit Änderungsanträgen auf die Gestaltung des Haushaltsgesetzes Einfluss nehmen. In den vergangenen Beratungen standen rund 1 500 Anträge zur Abstimmung.

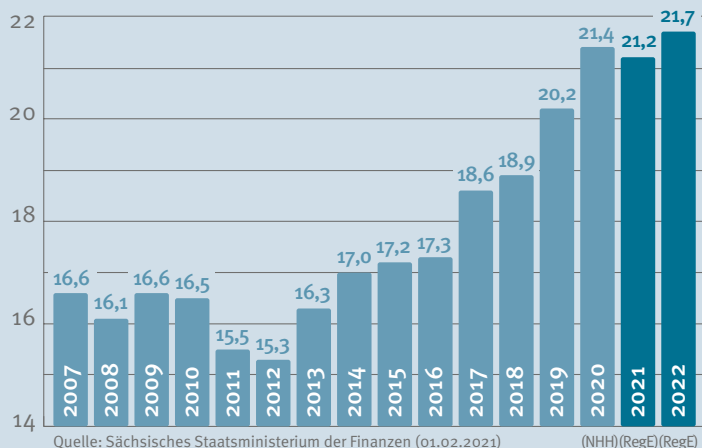
In den Fraktionen und unter den Abgeordneten wird der Haushalt ebenfalls intensiv debattiert. Sie versuchen, jeweils eigene finanzpolitische Schwerpunkte für die Gestaltung der Zukunft des Freistaates umzusetzen. Im Mai 2021, wenn der Haushaltsentwurf ein zweites Mal im Plenum beraten wird, steht dann das gesamte Werk mit allen Änderungen zur Schlussabstimmung.

Vorläufige Haushaltsführung

Die Sächsische Verfassung (Art. 98) sieht vor, dass der Staatshaushalt bis zum Beginn des ersten Rechnungsjahres per Gesetz feststehen muss. Ist dies nicht möglich, greift bis zur Verabschiedung des neuen Doppelhaushaltes die vorläufige Haushaltsführung in Sachsen. In diesem Fall stellt eine entsprechende Verwaltungsvorschrift sicher, dass laufende Ausgaben finanziert und bestehende Maßnahmen, zu denen der Freistaat per Gesetz verpflichtet ist, weiter geleistet werden.

Entwicklung des Haushaltsvolumens im Freistaat Sachsen

Haushaltsplan, in Mrd. Euro



Weiterhin hohe Aufmerksamkeit

Staatsregierung sieht Erfolge bei Corona-Eindämmung, warnt aber vor großen Öffnungsschritten

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

// Die 22. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 3. Februar 2021 begann mit dem Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie. Nach Wochen mit hohen Inzidenzzahlen in Sachsen gehen die Neuinfektionen mittlerweile wieder zurück. Die Lage in den Krankenhäusern entspannt sich ebenfalls. //

Schutz der Pflegeeinrichtungen

In Bezug auf mutierte Virusvarianten gelte es wachsam zu bleiben, bekräftigte Staatsministerin Petra Köpping, SPD. An den Universitäten Leipzig und Dresden werde jeder positive Corona-Fall auf Mutationen hin untersucht. Bis Mitte Februar 2021 wolle man zudem alle Bewohner von Alten- und Pflegeeinrichtungen das erste Mal geimpft haben. Bei der bundesweiten Impfstoffverteilung müsse der hohe Anteil älterer Menschen in Sachsen berücksichtigt werden.

Drei Monate nach dem Herunterfahren der Wirtschaft habe die Regierung noch immer keine Ausstiegsstrategie, bemängelte Jörg Urban, AfD. Internationale Studien belegten die Wirkungslosigkeit eines Lockdowns. Vielmehr benötigten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen finanzielle und personelle Stärkung, Risikogruppen müssten gezielt geschützt werden. Die wirtschaftlichen Schäden seien immens. Der Staat verzeichne gigantische Steuerausfälle und Unternehmer erlitten hohe Verluste.

Impfungen beschleunigen

Die im Dezember ergriffenen Maßnahmen zeigten Wirkung, bekundete Alexander Dierks, CDU. Nur so könne man die Pandemie bekämpfen und einen Jo-Jo-Effekt verhindern. Der AfD warf er vor, immer nur die maximale Gegenposition einzunehmen. Erst wolle die Fraktion den Notstand ausrufen, dann alles wieder lockern, dann verteufele sie den Impfstoff. Auch die Debatte darüber, dass hohe Todeszahlen bei über 80-Jährigen nicht so schlimm wären, sei ungeheuerlich.

Susanne Schaper, DIE LINKE, bedauerte, dass in Sachsen ein korrekter Impfplan fehle. Es dränge sich angesichts der Kosten für die Impfzentren die Frage auf, warum Hausarztpraxen und Krankenhäuser nicht stärker einbezogen würden. Besser wäre es auch gewesen, die Impfungen durch die Gesundheitsämter durchführen zu lassen. In Sachsen gebe es außerdem viel zu wenige mobile Impfteams. Auch die wenigen verfügbaren Impftermine böten ein verheerendes Bild.

Kitas und Schulen priorisieren

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, griff den Faden ihrer Vorrednerin auf. Am allerwichtigsten sei es, die Impfbereitschaft in der Bevölkerung zu stärken. Dazu bedürfe es auf allen Ebenen besserer Informationen. Wichtig für die Kontrolle des Infektionsgeschehens sei ein reibungsloses Funktionieren des öffentlichen Gesundheitsdienstes, eine abgestimmte Teststrategie für alle Lebensbereiche sowie die Optimierung der Software in den sächsischen Gesundheitsämtern.

Wer am lautesten schreie, habe selten recht, bemerkte Simone Lang, SPD, eingangs. Dabei benötigten besonders die Schwachen eine Stimme im Parlament. Dies seien beispielsweise die Kinder. Sie hätten ein Recht auf Bildung und auf Freundschaften. Kitas und Schulen müssten daher in der Öffnungsstrategie zuerst bedacht werden, sobald es das Infektionsgeschehen erlaube. Jeder Tag des Lockdowns stelle für Kinder, besonders für Schüler und Eltern, eine große Herausforderung dar.

Undurchsichtiges Verfahren

Erweiterung des Tagebaus Turów im Dreiländereck Polen-Deutschland-Tschechien sorgt für Ärger

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Daniel Gerber // Foto: O. Killig

// Die erste Aktuelle Debatte der 22. Sitzung des Sächsischen Landtags befasste sich mit dem Thema: »Tagebau Turów: Transparenz schaffen und EU-Recht einhalten – der Kohleausstieg ist eine europäische Aufgabe«. Beantragt wurde sie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der polnische Tagebau befindet sich in unmittelbarer Nähe zur ostsächsischen Stadt Zittau. //

Dr. Daniel Thieme

Fehlende Transparenz

Seit 2005 laufe ein Antrag zur Verlängerung des Tagebaus bis 2044, so Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Die dafür notwendige grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung sei aber bereits einen Tag nach Fristende positiv beschieden worden. Man müsse sich also fragen, ob das Ergebnis der Prüfung nicht schon vorher festgestanden habe. Die verantwortliche Firma PGE nehme weder Tausende Anwohner ernst, noch mache sie ihr Vorgehen ausreichend transparent.

Dr. Stephan Meyer, CDU, rief dazu auf, Polen nicht mit eigenen Vorstellungen von Umwelt- und Klimapolitik hineinzuregieren. Eher solle man auf entsprechende Mehrheiten und politische Entwicklungen setzen. Bedenklich seien dennoch die nachweislich festgestellte Grundwasserabsenkung und die Bodensenkung im Stadtgebiet Zittau. Die polnische Seite müsse stärker für Transparenz und Glaubwürdigkeit sorgen, man wolle weiter partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Gemeinsames Vorgehen

Beim Kohleausstieg handele es sich keineswegs um eine Aufgabe der europäischen Länder, so Roberto Kuhnert, AfD. Zwar komme die EU-Kommission zu dem Schluss, dass Polen die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung und die Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen nicht europarechtskonform umgesetzt habe. Dies seien jedoch keine systematischen Verstöße. Das Urteil sage auch nichts über die Rechtskonformität des Tagebaus Turów aus.

Antonia Mertsching, DIE LINKE, widersprach entschieden. Die Probleme könnten nur vor Ort und gemeinsam gelöst werden. Das Beispiel Turów mache deutlich, dass die Auswirkungen des Braunkohleabbaus keine Grenzen kennen würden. Der Ausstieg aus der Braunkohle im Dreiländereck müsse ebenfalls zusammen besprochen und organisiert werden. Das EU-Klimaziel, 55 Prozent weniger Treibhausgase bis 2030, könne dazu beitragen, die Abbaupläne anzupassen.

Herkulesaufgabe Kohleausstieg

Der Kohleausstieg sei eine europäische Aufgabe, pflichtete Volkmar Winkler, SPD, der einbringenden Fraktion bei. Das Vorhaben werde aber nur gelingen, wenn man auch entsprechende Angebote mache, um den dafür notwendigen Strukturwandel in die Wege zu leiten, zu begleiten und infrastrukturell abzufedern. In Anbetracht des Stellenwertes der Kohleindustrie in Polen sei dies ein Kraftakt. Schon jetzt mache sich die stark gesunkene Wirtschaftlichkeit der Kohle bemerkbar.

Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, bekundete, das sächsische Oberbergamt habe bei der angesprochenen Umweltverträglichkeitsprüfung eine rein koordinierende Funktion ausgeübt. Mit der Durchführung des Verfahrens sei man indes nicht zufrieden. Es habe an Transparenz beim Umgang mit den Einwendungen und den Abwägungsprozessen gefehlt. Gleichwohl sehe man keine eigenen fachlichen Belange so schwerwiegend betroffen, dass dagegen vorgegangen werden müsse.



Dr. Daniel Thieme

Mehr Zeit für die Kleinsten

Zusätzliche Gelder sollen Personalsituation in Kitas verbessern

// Die zweite Aktuelle Debatte der 22. Sitzung hatte die SPD-Fraktion unter dem Titel »Qualität der frühkindlichen Bildung weiter stärken: Gute-Kita-Gesetz für Fachkräfteoffensive nutzen« beantragt. Durch das Gesetz stellt der Bund dem Freistaat Sachsen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung. //

Personal qualifizieren

Sabine Friedel, SPD, hob hervor, in der frühkindlichen Bildung weise Sachsen beim Thema Fachkräfte einen sehr hohen Standard auf. Auch habe man in den vergangenen Jahren eine schrittweise Absenkung des Betreuungsschlüssels erreicht sowie zusätzliche Betreuungskapazitäten durch Assistenzkräfte geschaffen. Bei den Elternbeiträgen habe man zumindest mittelbar dazu beitragen können, dass sie nicht gestiegen bzw. an manchen Stellen sogar gesunken seien.

Iris Firmenich, CDU, betonte, der Schlüsselfaktor einer guten Kita sei das Personal. Die Qualität hänge entscheidend von ausgebildeten und motivierten Erzieherinnen und Erziehern ab. Noch vor Maßnahmen, die einen zusätzlichen Personalbedarf nach sich zögen, müsse man den Beruf attraktiver machen. Es sei zu überlegen, ob man eine Art Ausbildungsvergütung zahlen könne. Weiterhin müsse man Praxisanleiter fortbilden, die sich um ihre zukünftigen Kolleginnen und Kollegen kümmerten.

// Christian Piwarz // Fotos: O. Killig

Entlastungen schaffen

Das Thema Digitalisierung in den Kitas sehe er zweigeteilt, so Dr. Rolf Weigand, AfD. Natürlich sollten moderne Techniken eingesetzt werden. Man müsse aber im Auge behalten, die Kinder nicht vor Tablets zu setzen, sondern zum Beispiel zum Experimentieren anzuregen. Um Entlastungen zu schaffen und den Personalschlüssel mit einfachen Mitteln zu verbessern, habe die AfD-Fraktion vorgeschlagen, das Landeserziehungsgeld auszubauen und aufzustocken.

Das Geld, das durch das Gute-Kita-Gesetz nach Sachsen fließe, solle für Entlastungen bei den Elternbeiträgen verwendet werden, bekräftigte Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE. Kindertagesstätten seien mehr als nur Auf-



bewahrungsanstalten. Sie gehörten zu den wichtigen Orten der frühkindlichen Bildung und müssten daher kostenfrei sein. Gleichzeitig benötige man mehr und gut ausgebildetes Personal, um die Betreuungsqualität auch bei längeren Betreuungszeiten zu sichern.

Ausbildung verbessern

Gegen den Vorschlag, das Landeserziehungsgeld zu erhöhen, stellte sich Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE. Das wäre geradezu so, als würden alle Kfz-Werkstätten geschlossen und jeder Autobesitzer erhalte 500 Euro, damit er sein Auto zukünftig selbst reparieren könnte. Das Geld aus dem Gute-Kita-Gesetz investiere man in die Sicherung und die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte. Man stärke unter anderem die berufsbegleitende Ausbildung mit 16,2 Millionen Euro in diesem Jahr.

Man habe frühzeitig mit den Eltern einen Plan erarbeitet, wie das Geld des Gute-Kita-Gesetzes verwendet werden könne, so Kultusminister Christian Piwarz, CDU. Um dem Wunsch nach Qualitätsverbesserungen gerecht zu werden, habe man Vor- und Nachbereitungszeiten eingeführt. Für die Qualifizierung von Personal stünden verschiedene Fördermöglichkeiten bereit. Außerdem unterstütze man stärker die Kindertagespflege und entwickle die Arbeit mit digitalen Medien weiter.

Dr. Daniel Thieme

Zusammenhalt als Medizin

In der Pandemie sind Verständnis und Solidarität gefragt

// Unter dem Titel »Rücksicht nehmen, Verantwortung tragen – gemeinsam die Corona-Krise meistern!« beantragte die CDU-Fraktion die erste Aktuelle Debatte in der 23. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 4. Februar 2021. //

Kein Spalten der Gesellschaft

Man müsse in der aktuellen Pandemie gemeinsam Geduld haben, appellierte Alexander Dierks, CDU, zu Beginn. Diese könne man nur aufbringen, wenn die Gesellschaft zusammenhalte und man nicht nach »die da oben«, »wir da unten« unterteile. Man brauche jetzt zwingend Verständnis füreinander und Solidarität. Das gelte sowohl für politische Entscheidungen als auch für Diskussionen in der Gesellschaft.

Lars Kuppi, AfD, warf der CDU vor, lange den Schutz von Risikogruppen vernachlässigt und damit keine Rücksicht gegenüber Alten und Kranken gezeigt zu haben. Auch bleibe die Verantwortung gegenüber der Wirtschaft aus, der Lockdown koste pro Woche 3,5 Milliarden Euro. Schließlich sei auch vom gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht viel erkennbar, wenn der Ministerpräsident Kritiker seiner Politik als Corona-Leugner abstempelt.

Klare Kommunikation nötig

Corona betreffe alle und man müsse damit aufhören, Menschengruppen gegeneinander auszuspielen, erwiderte Rico Gebhardt, DIE LINKE, scharf. Für das Anliegen nach mehr Gemeinsinn habe seine Fraktion einen »Runden Tisch« vorgeschlagen, den die CDU jedoch abgelehnt habe. Die Pandemie sei nicht steuerbar, daher brauche es eine klare Krisenkommunikation. Diese lasse die Regierung seit vielen Wochen vermissen.

Man senke die Zahl der Infizierten nicht zum Selbstzweck, so Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE. Vielmehr ginge es dabei um den Schutz echter Menschen, beispielsweise der Alten. Man müsse auch an die Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich denken. Sie arbeiteten seit Monaten in Ausnahmesituationen. Gleichzeitig ginge es auch um junge Menschen, an denen der Lockdown nicht spurlos vorüberginge.

Gemeinsamer Austausch hilft

Henning Homann, SPD, merkte an, die Pandemie sorge für ein Dilemma, das man nicht auflösen könne. Man bezahle durch die Schließungen einen hohen Preis. Trotz dieser harten Maßnahmen sei das Gesundheitssystem in den letzten Wochen an seine Belastungsgrenze geraten und viele Menschen seien gestorben. Da man trotzdem Entscheidungen treffen müsse, sei es wichtig, dies gemeinsam zu tun.

Staatsminister und Chef der Staatskanzlei Oliver Schenk, CDU, betonte, das maßgebliche Ziel der Staatsregierung bleibe es, die Inzidenzwerte zu reduzieren. Dafür brauche es weiterhin gemeinsame Kraftanstrengungen, bei denen es auf die Umsicht aller ankomme. Es sei zudem wichtig, im Gespräch zu bleiben und Argumente auszutauschen. Deshalb freue er sich, bald wieder mit Experten verschiedenster Bereiche die Lage zu besprechen.

// Alexander Dierks

// Lucie Hammecke // Fotos: S. Floss



23. Sitzung des Sächsischen Landtags



23. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Mario Beger // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Unternehmen in Schwierigkeiten

Wirtschaft kämpft mit den Folgen der Corona-Beschränkungen

// Die zweite Aktuelle Debatte der 23. Sitzung befasste sich mit dem Thema »Das stille Sterben der Wirtschaft verhindern – richtige Wege aus den Corona-Zwangmaßnahmen finden!« und wurde von der AfD-Fraktion beantragt. Von den Corona-Schutzmaßnahmen sind einige Branchen wie der Einzelhandel oder das Hotel- und Gaststättengewerbe besonders hart betroffen. //

alle betreffen die Maßnahmen in gleichem Umfang. Der stationäre Einzelhandel habe deutliche Einschnitte erlitten, die Umsätze im Versandhandel seien hingegen stark gestiegen. Dadurch habe der Handel 2020 insgesamt um über fünf Prozent zugelegt.

Ausbleibende Hilfen

Man verfolge mit der Debatte zwei Ziele, hob Mario Beger, AfD, an. Erstens wolle man zeigen, dass die gegenwärtige Corona-Verordnungspolitik nicht alternativlos sei. Zweitens zeitigten die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Sachsen katastrophale Folgen. Die versprochenen Corona-Hilfszahlungen, die mittlerweile für viele Unternehmen überlebensnotwendig seien, blieben aus. Daher stehe der Wirtschaft das Wasser bis zum Hals.

Die Coronakrise belastete die ganze Wirtschaft stark, so Eric Dietrich, CDU. Er wisse aber auch aus erster Hand, welche Schicksale mit der Krankheit einhergingen. Nicht zufrieden könne man mit der zeitlichen Bereitstellung der Hilfsprogramme sein. Indes habe der letzte Sommer gezeigt, wie schnell die Wirtschaft den ersten Lockdown überwunden habe. Nur mit Sicherheit und Vertrauen würden Menschen wieder in großem

Umfang Urlaube buchen, einkaufen oder Gaststätten aufsuchen.

Unterschiedlich betroffen

Nico Brünler, DIE LINKE, bekundete, das Coronavirus stelle eine reale Gefahr dar. Es fehle jedoch eine langfristige Strategie, wie es jetzt weitergehe. Perspektivlosigkeit zermürbe Gewerbetreibende und lasse die Akzeptanz der Maßnahmen sinken. Während die Einnahmen fehlten, liefen Mieten, Versicherungen und andere Fixkosten für die Betriebe weiter. Im Hotel- und Gaststättenverband überlege inzwischen jedes fünfte Mitgliedsunternehmen aufzuhören.

Die Corona-Schutzvorkehrungen seien nicht aus einer politischen Laune heraus erwachsen, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Ein überwiegender Teil der sächsischen Unternehmer sei sich dessen bewusst. Nicht

Menschenleben nicht aufrechnen

Holger Mann, SPD, betonte, dass man um jeden einzelnen Arbeitsplatz und um jede Firma kämpfe. Das gemeinsame Ziel der Koalition sei es, die Wirtschaft so gut wie möglich durch die Krise zu bringen. Es gelte bei den jetzt diskutierten Öffnungen abzuwägen, wie weit man gehen könne, um keine dritte Infektionswelle zu befördern. Der Landtag habe 6 Milliarden Euro mobilisiert, um direkte Wirtschaftshilfen auszureichen.

Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, verwies darauf, dass Menschenleben nie gegen andere Werte aufgerechnet werden dürften. Bund und Länder würden viel dafür tun, um Existenzen zu sichern. Man wolle dafür Sorge tragen, dass Unternehmen nicht nur überlebten, sondern auch eine Perspektive hätten. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften seien ständig bei der Lösungsfindung eingebunden. Keine Corona-Schutz-Verordnung werde ohne sie beraten.



23. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Keine leeren Schaufenster

Corona-Pandemie erhöht den Druck auf die Einzelhändler in Sachsens Innenstädten

// Die dritte Aktuelle Debatte der 23. Sitzung des Sächsischen Landtags beantragte die Fraktion DIE LINKE. Der Titel lautete: »Corona keine Chance geben! Rettungsprogramm für Gewerbetreibende auflegen – Attraktive und lebendige Innenstädte erhalten und weiterentwickeln!« Internetkonkurrenz, teure Mieten und Corona-Auflagen: Sachsens Einzelhändler stehen gegenwärtig vor vielen Problemen. //

Begegnungsräume erhalten

Handel und Gastronomie hätten es in vielen kleineren Städten seit Jahren erkennbar schwer, erklärte Nico Brünler, DIE LINKE. Ihnen fehle wegen mangelnder Kaufkraft oder rückläufiger Einwohnerzahlen die Kundschaft. Die Corona-Pandemie werde in kurzer Zeit zudem die Städte mehr verändern als die letzten zehn Jahre. Man wolle Entwicklungen wie die Digitalisierung nicht umdrehen, aber Rahmenbedingungen schaffen, die Städte als soziale Begegnungsräume erhielten.

Jan Hippold, CDU, verwies auf Verbesserungen bei den Corona-Beihilfen. So sei die Obergrenze für Kleinbeihilfen auf bis zu 1,8 Millionen Euro erhöht und die Antragsberechtigung deutlich erleichtert worden. Auch habe man Abschlagszahlungen explizit ermöglicht. In kaum einem Land würden solche umfangreichen Hilfen für Unternehmen umgesetzt. Klagen gebe es zwar nicht über die Höhe der Hilfen, wohl aber über die bestehenden Hürden.

Probleme verschärft

Der wirtschaftliche Schaden durch den zweiten beschlossenen Lockdown sei für den Einzelhandel zerstörerisch, gab Frank Peschel, AfD, zu bedenken. In diesem Jahr würden viele stationäre Händler Insolvenz anmelden. Die Corona-Maßnahmen hätten die Probleme des Einzelhandels, etwa durch die Konkurrenz im Internet, zum Teil noch verschärft. Nur mit den richtigen Rahmenbedingungen hätten die Innenstädte eine Chance.

Um die Zukunft der Innenstädte zu sichern, dürfe man nicht zuschauen, wie sich der Handel ins Internet verlagere, forderte auch Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE. Ein Problem seien die überbelegten Ladenmieten. Trotz Krise verzeichneten sowohl Wohnungsmieten als auch Gewerbemieten Zuwächse. Vor diesem Hintergrund müsse man fragen, wie es zu steigenden Gewinnen der Immobilienwirtschaft kommen könne, während unzählige Gewerbeleiten wahrscheinlich würden.

Digitalisierung fördern

Wie seine Vorredner hob auch Holger Mann, SPD, hervor, dass die Pandemie nicht die alleinige Ursache für die Krise sei. Die Staatsregierung biete daher Förderprogramme zum E-Business an, um den sächsischen Einzelhandel, aber auch kleine Firmen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Ein weiteres Problem in diesem Bereich stelle der Breitbandausbau dar, daher unterstütze man diesen mit 700 Millionen Euro.

Den Einzelhandel wolle man mit dem Abholservice Click & Collect stützen, so Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, auch wenn das kein Allheilmittel sei. Man dürfe zudem nicht nur darüber sprechen, wie man durch die Krise komme, sondern auch, wie man aus ihr herauskomme. Um Innenstädte zu beleben, müsse man die Kultur unterstützen. Auch benötige man einen Dialog über die soziale Sicherheit von Solo-Selbstständigen.

Bus und Bahn in der Offensive

Sicherung einer krisen- und zukunftsfesten Finanzierung des ÖPNV

Foto: Dotflo/wikipedia

// Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hörte am 19. Januar 2021 sechs Sachkundige zum Antrag der Fraktion DIE LINKE »Bus und Bahn in der Offensive: Krisen- und zukunftsfeste Finanzierung des ÖPNV sichern – Beitrag für Teilhabe und Klimaschutz in Sachsen stärken!« an. Mehrere Fachleute schalteten sich per Video zu. //

Eine der zentralen Forderungen des vorgelegten Antrags lautet, die coronabedingten Einnahmefälle der Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger in den kommenden Jahren abzumindern. Dazu sollen ausgleichsfähige Schäden zukünftig zu 100 Prozent erstattet werden. Bisher sind nur 70 Prozent von den beschlossenen Ausgleichszahlungen abgedeckt. Ein weiterer Kernpunkt des Antrags betrifft eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der damit für die kommenden Jahre krisen- und zukunftsfest aufgestellt werden soll.

Stellungnahmen der Sachkundigen

Die Sachkundigen hoben in ihren Erfahrungsberichten das große Vertrauen hervor, das

dem ÖPNV entgegengebracht werde. Aus diesem Grunde sei es wichtig, das Angebot jetzt trotz sinkender Fahrgastzahlen aufrechtzuerhalten. Um den Fahrgästen ein sicheres Gefühl zu vermitteln, käme es zudem darauf an, das Abstandsgebot zu gewährleisten sowie die Maskennutzung zu kontrollieren.

Anhand von aktuellen Projekten veranschaulichten die Sachkundigen, wie notwendig eine gesicherte Finanzierung des ÖPNV sei. Von den verfügbaren Mitteln hingen wichtige Infrastrukturprojekte, aber auch Zukunftsinvestitionen ab. So müsse beispielsweise beim Klimaschutz mehr getan werden, um den stetig wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden. Dafür benötige man einen unbürokratischen Rettungsschirm für das Jahr 2021, so die Experten.

Die Sachkundigen erläuterten zudem, welche Maßnahmen be-

reits auf den Weg gebracht wurden und welche weiteren Ideen existierten. Sie gingen unter anderem auf das Beispiel Hessen und das dort verwendete Bildungsticket ein. Unter ihnen bestand Einigkeit darin, dass die größte Aufgabe der kommenden Jahre in einer sicheren Finanzierung liegt.

Fragen der Abgeordneten

Den Erfahrungsberichten folgte eine fast 90-minütige Fragerunde der Abgeordneten. Die Nachfra-

gen zeigten, wie vielschichtig das Thema ist. Sie betrafen die Aufrechterhaltung des ÖPNV-Angebotes, die Entwicklung der Fahrgastzahlen, die notwendigen Kompensationsmittel 2021 sowie Finanzierungsfragen vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsdebatten. Die Abgeordneten erörterten zudem die kooperative Beschaffung von Straßenbahnen, die Streckenplanungen und Engstellen im Verkehrsnetz sowie die Möglichkeit eines flächendeckenden ÖPNV im ländlichen Raum, einschließlich der Reaktivierung von Strecken.

// Videokonferenz im Plenarsaal // Foto: S. Füssel



82 123 Unterschriften in 32 Sammelpetitionen

Landtag verabschiedet
Petitionsbericht 2019

// Petitionen bieten allen Menschen im Land die Möglichkeit, sich mit ihren Anliegen direkt an den Sächsischen Landtag zu wenden. Im Jahr 2019 gingen auf diesem Wege 679 Schreiben beim zuständigen Petitionsausschuss ein. Davon konnten 454 als Petition behandelt werden. Die Themenfelder erstrecken sich über alle Politikbereiche, vom Denkmalschutz über die Altershilfe bis zum öffentlichen Personennahverkehr. //



Der Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags erhielt im Berichtsjahr 2019 insgesamt 679 Schreiben. Davon behandelte das Parlament 454 Petitionen in eigener Zuständigkeit. 41 Anliegen konnte abgeholfen werden, weitere 93 erklärte der Ausschuss für erledigt. In 314 Fällen gelang es trotz ausführlicher Prüfung nicht, dem Anliegen abzuhelfen. Die meisten Petitionen scheitern, weil sie das Privatrecht betreffen oder eine reine Meinungsäußerung darstellen. Für manche Beschwerden ist der Sächsische Landtag auch schlicht die falsche Adresse.

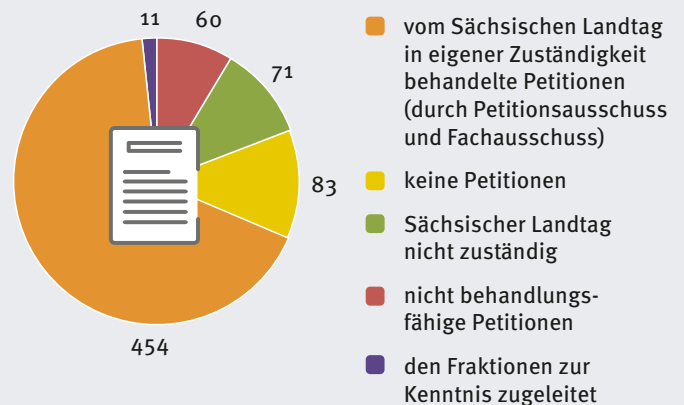
Eine erfolgreiche Petition betraf 2019 unter anderem den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). In dem konkreten Fall beklagte sich eine Petentin über zu hohe Ticketpreise für Schüler, die in ihrer Freizeit über Landkreis- bzw. Tarifzonen-grenzen hinaus mobil sein wollten. Der Ausschuss holte daraufhin Stellungnahmen ein, es gab Gespräche zwischen dem Wirtschaftsministerium, den für den ÖPNV zuständigen Aufgabenträgern und den Spitzenverbänden. Im Ergebnis vereinbarten die Akteure schließlich, zum 1. August 2019 verbund

weit gültige Tickets für Schüler und Auszubildende einzuführen, die sich teilweise günstig auf weitere Verkehrsverbände erweitern lassen.

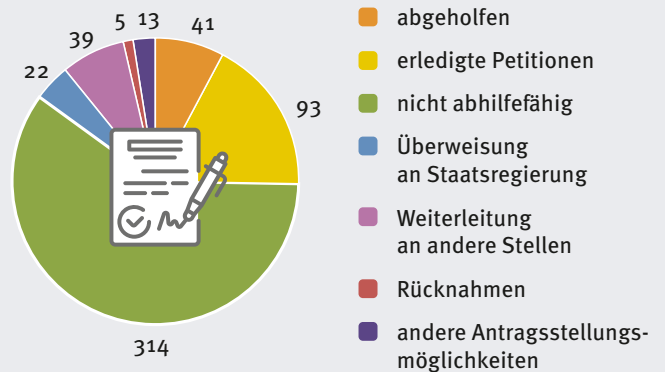
Aufgrund solcher und ähnlicher Beispiele ermutigt die Ausschussvorsitzende Simone Lang, (SPD), im neuen Petitionsbericht dazu, weiter vom Petitionsrecht Gebrauch zu machen. »Es zeigt sich, wie wertvoll der Petitionsausschuss für die sächsischen Bürgerinnen und Bürger ist, welche konkretes Verwaltungshandeln kritisieren und überprüfen möchten.«

Neben Einzelpetitionen erreichen den Petitionsausschuss auch Sammelpetitionen, also Unterschriftensammlungen, mit demselben Anliegen. Im Berichtsjahr 2019 wurden dem Petitionsausschuss 32 Sammelpetitionen mit insgesamt 82 123 Unterschriften übergeben. Diese Unterschriftenaktionen starteten häufig über private Online-Plattformen und wurden nach Ende der Mitzeichnungsfrist dem Sächsischen Landtag übergeben. Die Petition mit den meisten Unterschriften im Jahr 2019 trug den Titel »Rettet die Bienen«. Die 21 493 Unterzeichner streben einen umfassenderen Insektenschutz

Behandlung der insgesamt eingegangenen Schreiben



Gefasste Beschlüsse 2019



sowie gesetzliche Neuregelungen an. Die Petition war im Berichtsjahr 2019 noch nicht abgeschlossen.



www.landtag.sachsen.de/petition

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Drittes Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen, 7/4550 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die kommenden zwei Jahre und damit die Sicherung der kommunalen Finanzausstattung trotz der COVID-19-Pandemie.	Öffentliche Anhörung durch den Haushalts- und Finanzausschuss am 26. Januar 2021
Gesetz zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes für den Freistaat Sachsen, 7/4895 DIE LINKE	Durch das geplante Gesetz soll sich Sachsen transparent und verbindlich zu gesetzlich festgelegten Zielen beim Klimaschutz verpflichten.	1. Beratung am 4. Februar 2021
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022, 7/4900 Staatsregierung	Der Entwurf legt den Haushaltsplan für die Jahre 2021 und 2022 fest. Das Finanzvolumen liegt ungefähr auf Höhe der Vorjahre, macht aber die Aufnahme von Krediten notwendig.	1. Beratung am 7. Januar 2021 und öffentliche Anhörung durch den Haushalts- und Finanzausschuss am 25. Januar 2021
Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2021/2022, 7/4901 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht vor, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Doppelhaushalt 2021/2022 umgesetzt werden kann.	1. Beratung am 7. Januar 2021 und öffentliche Anhörung durch den Haushalts- und Finanzausschuss am 25. Januar 2021
Sächsisches Ausführungsgesetz zum eID-Karte-Gesetz, 7/5025 Staatsregierung	Das eID-Karte-Gesetz ermöglicht es nicht-deutschen Bürgern der Europäischen Union, in Deutschland eine Karte zum elektronischen Identitätsnachweis zu beantragen und zu nutzen.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport am 4. Januar 2021
Gesetz zum Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), 7/5118 Staatsregierung	Mit dem Gesetz erfolgt die notwendige Zustimmung zum modernisierten MDR-Staatsvertrag, der insbesondere die Zusammensetzung des Rundfunkrates zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne neu gestaltet.	Öffentliche Anhörung durch den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 18. Januar 2021

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Sächsisches Gesetz zur Umsetzung der Grundsteuerreform, 7/4095 Staatsregierung	Mit dem Gesetz werden vom Bundesgesetz abweichende Messzahlen festgelegt, um den regionalen Besonderheiten in Sachsen bei der Bewertung des Grundvermögens für Zwecke der Grundsteuer Rechnung zu tragen.	angenommen
Gesetz zur Anpassung von Vorschriften mit Bezug zur Justiz, 7/4269 Staatsregierung	Mit dem beschlossenen Gesetz sollen unter anderem die Voraussetzungen für die Aufnahme in bzw. die Entlassung aus dem juristischen Vorbereitungsdienst präzisiert und maßvoll erweitert werden.	angenommen
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes, 7/4539 Staatsregierung	Mit dem Gesetz ist es den sächsischen Kommunen künftig wieder selbst möglich, umfassende Baumschutzsatzungen zu erlassen.	angenommen
Gesetz zur Durchführung der regelmäßigen Personalratswahlen 2021 und zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Personalvertretungen in Sachsen während der COVID-19-Pandemie, 7/5156 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Um pandemiebedingte personalratslose Zeiten zu vermeiden, verlängert das Gesetz die Amtszeiten der Personalvertretungen bis spätestens zum 31. Oktober 2021 und ermöglicht Beschlüsse im Umlaufverfahren und Sitzungen des Personalrats mittels Videokonferenz.	angenommen

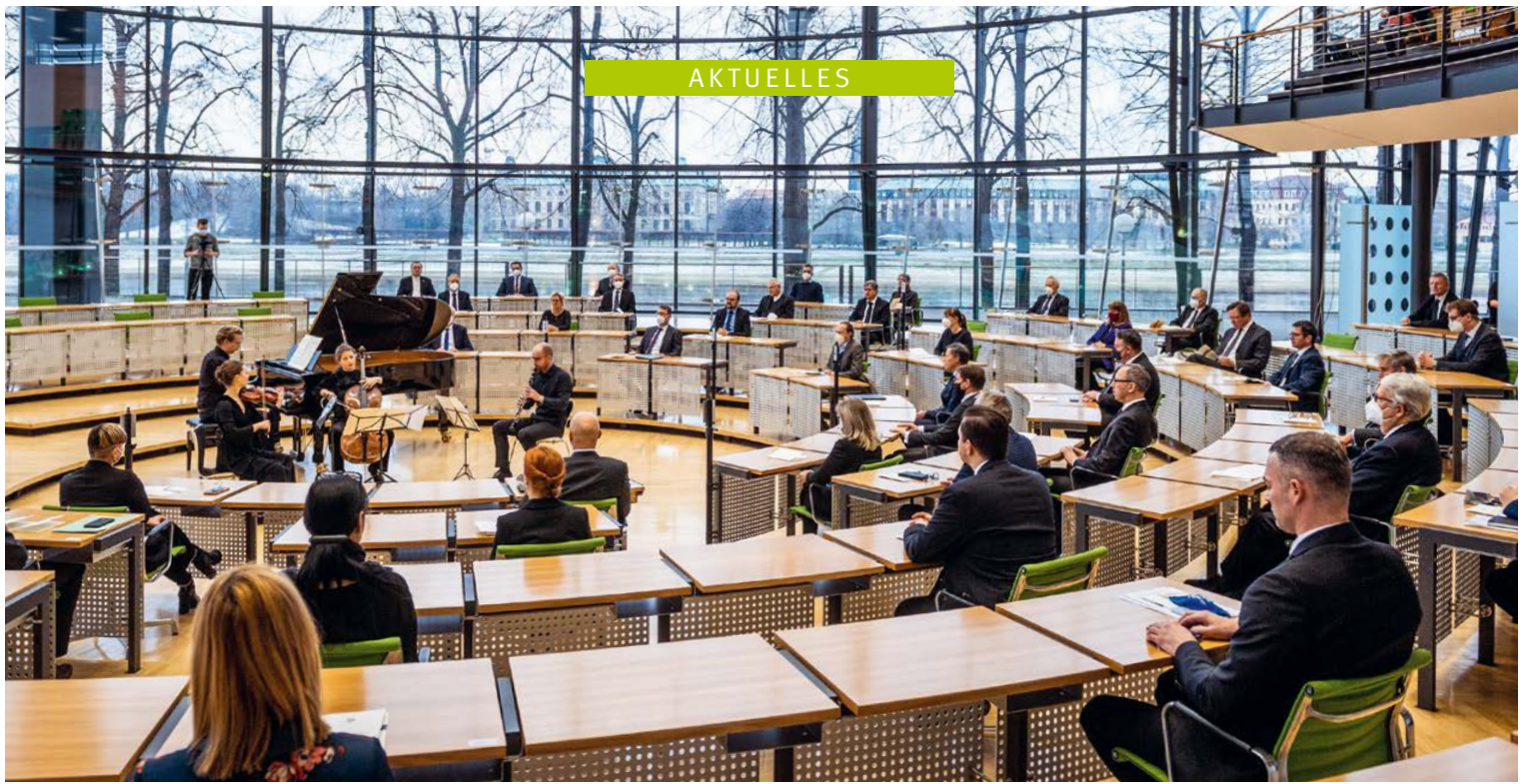
Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 4. Februar 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

Olivier MESSIAEN
(1908 - 1992)

Musik, die über das Leid hinausreicht

Foto: Landtag

// Das Werk »Quartett auf das Ende der Zeit« stand im Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung des Sächsischen Landtags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021. Das Schicksal jener Menschen dürfe man nicht vergessen, mahnten Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Ministerpräsident Michael Kretschmer in ihren Reden. Die Erinnerung müsse zudem gegen Tendenzen verteidigt werden, die Demokratie und Religionsfreiheit untergraben. //



Fotos: T. Schlorke

Dr. Thomas Schubert

»Diktaturen nicht verharmlosen«

Gedenkstunde am 27. Januar 2021 im Sächsischen Landtag

// Mit einer gemeinsamen Veranstaltung erinnerten der Sächsische Landtag und die Staatsregierung am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Gedenken fand diesmal aufgrund der Corona-Pandemie nur mit wenigen Gästen statt. Der Landtag übertrug die Veranstaltung dafür live im Internet und zeichnete sie als Video auf. //

Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee erklang im Plenarsaal das »Quartett auf das Ende der Zeit« des französischen Komponisten Olivier Messiaen. Dieser verbrachte 1940/41 insgesamt neun Monate im Görlitzer Kriegsgefangenenlager Stalag VIII A, wo er das Musikstück fertigstellte. Uraufgeführt wurde es in der Nacht des 15. Januar 1941 in der Theaterbaracke des Lagers. Erneut war es somit die künstlerische Aufarbeitung des Geschehenen, die im Zentrum der Gedenkstunde des Landtags stand. Es ging um Musik im Angesicht des Todes, aber auch der Hoffnung.



// Dr. Matthias Röbler



// Michael Kretschmer

»Judenhass ist eine Schande für unser Land«

»Wir verneigen uns still vor den Opfern und gedenken ihrer Seelen. Was vor nur einem Menschenalter geschah, darf in der Menschheitsgeschichte nie wieder geschehen«. Mit diesen

Worten wandte sich Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler an die Gäste. Millionen Menschen hätten in dem von Deutschen und ihren Helfern europaweit begangenen Massenmord ihr Leben verloren. In beispiellosen Tötungsaktionen sei das Licht von Millionen

verloschen. Insbesondere die europäischen Juden seien im Holocaust beinahe vollständig vernichtet worden.

Der Parlamentspräsident mahnte deshalb, jedem Antisemitismus entgegenzuwirken. Er sei menschenfeindlich, verabscheuenswürdig. »Wir dürfen

nicht naiv sein. Jüdisches Leben in Deutschland ist wieder in Gefahr. Mich beschämt das! Immer wieder sehen wir anti-jüdische Hetze und Angriffe. Immer wieder mangelt es an staatlichem oder gesellschaftlichem Schutz.« Und weiter: »Judenhass ist eine Schande für unser Land – ob nun von rechter Seite, von linker Seite oder von muslimischer Seite.« Er sei daher unermesslich froh, so Rößler, dass sich das jüdische Leben in Deutschland nach 1945 wieder etabliert habe. Seine Geschichte gehe hier für alle Zukunft weiter, denn es sei »eine Geschichte

Der historischen Verantwortung stellen

Begonnen habe sein Tag, so Ministerpräsident Michael Kretschmer, mit einer Kranzniederlegung im ehemaligen KZ Sachsenburg (bei Frankenberg). Dort habe sich ihm gezeigt, wie 1933 ganz in der Nähe etwas einsetzte, das für unmöglich gehalten wurde. Hier habe der Terror angefangen, der am Ende zu einer Massentötungsmaschine geführt habe. Ein Ort wie das frühere KZ Sachsenburg und die damit verbundenen heutigen Initiativen seien wich-



der Menschheit und des Lebens, der freien Religionsausübung und des Respekts«.

Der Neuanfang nach der Katastrophe des 20. Jahrhunderts sei für viele Überlebende in Deutschland schwer genug gewesen, so Rößler. »Lassen wir nie wieder zu, dass die Katastrophe einen neuen Anfang nimmt! Akzeptieren wir als Gesellschaft nicht, dass einige Menschen Diktaturen verharmlosen oder den Holocaust relativieren! Akzeptieren wir als Gesellschaft nicht, dass Verschwörungsideologen aller Couleur ihren Judenhass wieder unters Volk bringen! Lernen wir immerfort aus den Katastrophen unserer Geschichte!«

tig für das Erinnern. Ebenso verhalte es sich mit den Internationalen Messiaen-Tagen in Görlitz/Zgorzelec. Er sei, so Kretschmer, in der Nähe des früheren Lagers aufgewachsen, also dort, wo Oliver Messiaen einst inhaftiert gewesen sei. Er sei deshalb den Menschen unglaublich dankbar, die es geschafft hätten, aus diesem Areal einen Ort des Gedenkens zu machen. So werde auch in den kommenden Generationen das Wissen um dieses furchtbare Unrecht nicht verloren gehen. Immer sei es eine Verschiebung von moralischen und ethischen Grenzen gewesen, mit der es beginne. Dessen müsse man sich klar sein und sich der historischen Verantwortung stellen.



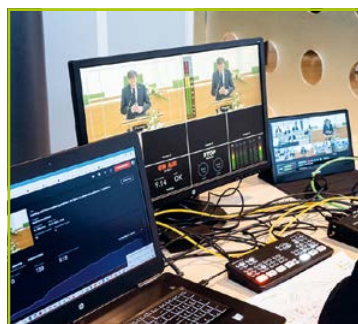
»Quatuor pour la fin du temps«

Olivier Messiaens avantgardistisches »Quartett auf das Ende der Zeit«, das auf dem zehnten Kapitel der Johannes-Offenbarung beruht, ist ein klingendes Mahnmal gegen den Krieg. Es ist ein Signal der Menschlichkeit, geschaffen an einem Ort und in einer Zeit der Unmenschlichkeit. Es spendet Halt im Leid, ist eine unzerstörbare Kraft in der Apokalypse, aber ebenso ein Gegenstand der christlichen Hoffnung, der Aussöhnung. Das Stück entfaltet seinen Klangkosmos in acht Sätzen. Im Plenarsaal musizierten Sofia von Freydorf (Violoncello), Elsa Klockenbring (Violine), Sebastian Ludwig (Klavier) und Moritz Pettke (Klarinette).

Porträt Olivier Messiaen

Olivier Messiaen, geboren 1908 in Avignon, zeigte früh sein musikalisches Talent, wurde

am berühmten Pariser Konservatorium ausgebildet, begann 1931 seine lange Laufbahn als Organist am Sainte Trinité, einer der großen Pariser Kirchen. 1939 wurde das Dasein des gläubigen Katholiken erschüttert, er musste in den Krieg. Ab Juni 1940/41 verbrachte er neun Monate seiner Kriegsgefangenschaft im Stammlager Stalag VIII A in Görlitz-Moys. Hier vollendete er, nicht wissend, ob er den Krieg überlebt, das »Quartett auf das Ende der Zeit«. Dessen ungewöhnliche Instrumentierung aus Klavier, Violoncello, Violine und Klarinette ergab sich aus den im Lager verfügbaren Musikern und Instrumenten. Nach seiner Rückkehr nach Paris wurde Messiaen 1941 Lehrer am Pariser Konservatorium. Bis zu seinem Tode 1992 schuf er rund 40 Orchester-, Bühnen-, Klavier- und Orgelwerke sowie Kammermusikstücke. Er zählt heute zu den großen Komponisten der Klassischen Moderne.



<https://youtu.be/1E6UNNXt8xw>



www.messiaen-tage.eu

Katja Ciesluk

Alles eine Frage der Organisation

Ein Tag mit Susanne Schaper, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt



Fotos: C. Lässig

Es ist ein trüber Januartag, als wir uns in Chemnitz treffen. Ausnahmsweise erledigt Susanne Schaper einige der heute anstehenden Termine in ihrem Bürgerbüro. Auf Vor-Ort-Termine im Wahlkreis verzichtet die Abgeordnete aus Gründen des Infektionsschutzes seit Wochen. Stattdessen sind die Tage geprägt von zahlreichen Telefon- und Videokonferenzen, die die dreifache Mutter überwiegend von zu Hause aus managt.

Begleitet von zwei ihrer vier Hunde trifft Schaper, die u. a. auch tierschutzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, im Büro ein. Sie ist spät dran. Die digitale Besprechung des Arbeitskreises »Soziales« hat länger gedauert als geplant. Dort bereitete Schaper mit ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen am heimischen Schreibtisch die nächste Ausschusssitzung vor, die in wenigen Tagen stattfindet und in der u. a. der Gesetzentwurf zum sächsischen Landeshaushalt 2021/2022 auf der Tagesordnung steht.

Videokonferenz mit Arbeitsagentur

Während ihr Wahlkreismitarbeiter noch schnell die Technik checkt und das WLAN-Passwort

// Mit Susanne Schaper steht seit Januar 2020 eine erfahrene Sozialpolitikerin an der Spitze des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Sächsischen Landtag. Als examinierte Krankenschwester mit fast 20 Jahren Berufspraxis und langjährig engagierte Kommunal- und Landespolitikerin bei den LINKEN in Sachsen verfügt die Chemnitzerin über einen breiten Erfahrungsschatz. Wir haben Susanne Schaper bei ihrer Arbeit begleitet und sind der Frage nachgegangen, wie die Corona-Pandemie die Tätigkeit von Abgeordneten verändert. //



// Zentrum von Chemnitz

sucht, legt Susanne Schaper ihre Unterlagen bereit und nimmt vor dem Bildschirm Platz – stets aufmerksam beobachtet von ihren tierischen Gefährten. Auf der Agenda steht ein Gespräch via Skype mit Klaus-Peter Hansen, Chef der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit. »Mich interessieren die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt«, erläutert Schaper. Eine Stunde

Zeit ist dafür in ihrem prall gefüllten Terminkalender reserviert.

Detailliert und ausführlich legt Hansen die aktuellen Arbeitsmarktzahlen für Sachsen dar und weist auf mittelfristige Konsequenzen der Krisenbewältigung hin. Da ein Großteil seiner Angestellten aktuell Kurzarbeitergeld auszahlte (900 Beschäftigte statt normalerweise 35), müssten andere Aufgaben eingeschränkt werden, z. B. die Qualifizierung von

Langzeitarbeitslosen. Oder die Berufsorientierung, die dennoch in den zurückliegenden Wochen auf digitale Angebote umgestellt worden sei. »Man kann die Mitarbeiter nicht klonen«, bringt Hansen das Dilemma auf den Punkt. Als Sozialpolitikerin weiß Schaper um die Probleme, die dies nach sich ziehen wird.

Dann geht sie noch einer Bürgeranfrage nach. Ob es wahr sei, dass die Zahl entlassener Pflegehelfer aufgrund der erhöhten Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen gestiegen sei, zitiert Schaper aus dem Schreiben eines Bürgers. Das verneint Hansen umgehend. »Dann ist das also Hafer«, fasst Schaper die Antwort zusammen. »Nico, du kannst dem Bürger schreiben, das ist Hafer«, ruft sie ihrem Wahlkreismitarbeiter zu. Er wird sich darum kümmern und die deutlichen Worte, die Schapers Markenzeichen sind, in gefällige Zeilen gießen.

In Kürze soll Hansen seine Analysen vor dem Sozialaus



Foto: S. Füssel

schuss im Landtag darlegen. »Ich möchte, dass die Abgeordneten Expertise aus erster Hand bekommen«, erklärt Susanne Schaper ihren Anspruch. Auch Vertreter von Ärztekammer oder Suchtberatung seien auf ihre Initiative schon in dem Gremium zu Gast gewesen. Bevor sie den Arbeitsexperten offiziell einladen kann, braucht es allerdings noch einen entsprechenden Beschluss des Ausschusses.

Grenzen verschwimmen

»Die Grenze zwischen beruflichem und privatem Bereich schwimmt noch mehr als sonst«, beschreibt Schaper die Abgeordnetentätigkeit unter Pandemie-Bedingungen. Doch obwohl man Fahrzeiten einspare, was sehr gut für die Ökobilanz sei, bliebe angesichts der Vielzahl der Videoberatungen nicht mehr Freiraum, da im Gegenzug die

Zahl der Gespräche gestiegen sei. »Vieles kann man digital erledigen, wobei mir zugutekommt, dass ich auf bestehende persönliche Kontakte zurückgreifen kann. Außerdem erleichterte mir meine Berufserfahrung von Beginn an den Zugang zu Fachverbänden und deren Anerkennung.« Neue Kontakte rein digital zu knüpfen, sei ungleich schwieriger, schätzt die Abgeordnete ein.

Neben Terminen als Landtagsabgeordnete (Plenum, Fraktion, Ausschuss, Wahlkreis) kommen bei der Politikerin noch weitere Verpflichtungen hinzu. Schließlich ist sie seit 2014 Fraktionsvorsitzende im Chemnitzer Stadtrat, seit 2019 zudem Landesvorsitz



zende der LINKEN im Freistaat. Mehrere Jahre studierte sie berufsbegleitend Pflegemanagement. »Alles eine Frage der Organisation«, lacht Schaper, angesprochen auf ihr Arbeitspensum. Nur eins habe sie lernen müssen: »Ich vereinbare keine Termine mehr selbst, sondern überlasse das meinen Mitarbeitern, die den Kalender genau im Blick haben.«

Dann ist es Zeit für die nächste Videokonferenz. Auf dem Bildschirm erscheinen die Gesichter der Aufsichtsratsmitglieder der Chemnitzer Wirtschaftsförderungsgesellschaft CWE. Die Gesellschaft ist zuständig für die Imagewerbung der Stadt und zeichnet ganz aktuell für die Kommunikation rund um Chemnitz als Kulturhauptstadt verantwortlich. Vieles gibt es also zu bereden, für die gebürtige Chemnitzerin natürlich eine Herzensangelegenheit.

Ausschusssitzung in Dresden

Wiedersehen ein paar Tage später, diesmal in Dresden. Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt tagt im Plenarsaal des Landtags. Auf der Tagesordnung stehen eine öffentliche Anhörung zu

den »Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Sexarbeiter*innen«, anschließend eine nicht öffentliche Sitzung, u. a. mit Beratung zum Doppelhaushalt. Normalerweise tagen die Ausschüsse einmal pro Monat. Nicht so in diesen Zeiten. In den vergangenen Wochen kamen die Abgeordneten zu mehreren Sondersitzungen, teilweise auch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen weiterer Ausschüsse, zusammen, in denen die Staatsregierung ihre Corona-Maßnahmen vorstellte und diskutierte.

»Ich finde es sehr gut, dass zumindest auf dieser Ebene das Parlament und seine Abgeordneten, insbesondere in der Opposition, an den Entscheidungen der Staatsregierung beteiligt werden«, so Schaper, deren Fraktion eine stärkere Parlamentsbeteiligung auch öffentlich immer wieder fordert. »Wir können doch voneinander profitieren.« So habe beispielsweise durch Hinweise im Ausschuss erreicht werden können, dass Bestatter auf die Liste der systemrelevanten Berufe gesetzt wurden, Voraussetzung für den Anspruch auf Notbetreuung von Kindern in Kitas oder Grundschulen. »Das ist doch ein kleiner Erfolg«, freut sich die Abgeordnete.

Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus

Teil 3: Nutzungsgeschichte von 1763 bis 1900

Unmittelbar nach dem Tod des Premierministers Heinrich Graf von Brühl am 28. Oktober 1763 wurde sein gesamter Besitz versiegelt, um eventuelles Staatseigentum zu sichern. Zudem wurde auf Befehl des neuen Kurfürsten Friedrich Christian eine »Untersuchung der Ursachen des bei dem Regierungsantritt Ihrer Königl. Hoheit des Kurfürsten in allen landesherrlichen Kassen vorgefundenen Geldmangels« eingeleitet. Es folgte eine Sequestration, eine Zwangsverwaltung, über das Erbe, die von 1765 bis 1768 andauerte. In dieser Zeit wurde ein Nachlassverzeichnis erstellt, das neben dem umfangreichen Grund- und Immobilienbesitz auch die Einrichtungsgegenstände und die Kunstsammlungen des Grafen auflistet. Trotz des umfangreichen Volumens dieser Akten geben sie nur einen unvollkommenen Eindruck von der Pracht des Brühlschen Besitzes vor dem Siebenjährigen Krieg wieder.

Zudem verschlechterte sich der Allgemeinzustand der Gebäude, der Inneneinrichtung und der Sammlungen durch die vollständige Versiegelung nach dem Tod Brühls und während der Sequestration erheblich. Von 1768 bis 1774 vermieteten die Brühlschen Erben das Palais an einen Verwandten, den Kabinettsminister Carl von der Osten-Sacken. 1774 wurden Verhandlungen mit Camillo Graf Marcolini über den Verkauf des Palais geführt. Marcolinis

// Auf dem Gelände des Sächsischen Ständehauses, dem Tagungsort der sächsischen Landtage 1907 bis 1933 und heutigen Sitz des Oberlandesgerichts Dresden sowie des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen, standen einst die Palais Brühl und Fürstenberg. In einer historischen Serie rufen wir die einstigen Bauwerke und deren Schicksal an der Brühlschen Terrasse in Erinnerung. //



// Die Mitglieder der Dresdner Konferenzen bei ihrer ersten Zusammenkunft im Brühlschen Palais am 23. Dezember 1850 // Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Karriere ähnelte in erstaunlicher Weise der von Brühl; so bekleidete er wie dieser die Ämter des Kabinettsministers, des Generaldirektors der Künste sowie des Direktors der Meißner Porzellanmanufaktur. Aber auch seine Ambitionen, Brühlschen Besitz zu erwerben, lassen die Tendenz zur Nacheiferung erkennen. Neben den letztendlich gescheiterten Verhandlungen zum Ankauf des Brühlschen Palais erwarb er 1774 ein Palais mit Garten in Friedrichstadt bei Dresden, 1784 das Schloss und Rittergut Oberlichtenau und 1800 das Plantagengut Hoster

witz bei Pillnitz. Zudem gelang es ihm, das Parkett, die Spiegel und die Wandleuchten aus dem Festsaal des Palais Brühl anzukaufen und nach Friedrichstadt zu verbringen.

1792 erwarb der kurfürstliche Hof die städtische Residenz des ehemaligen Premierministers von den Erben Brühls. Schon seit 1776 dienten die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des ehemaligen Fischerschen und Erdmannsdorffschen Hauses in der Augustusstraße, westlich des Haupteinganges, der Porzellanniederlage der Meißner Manufaktur und einem Teil ihrer

Verwaltung. In den Räumen östlich des Haupteinganges befand sich die Expedition der Oberkammerlei.

Im Jahr 1787 bezog das Geheime Finanzkollegium das Fürstenbergische Haus und die nordwestlichen Gebäudeteile, die aus dem ehemaligen Carlowitzschen, dem Dintuschen, Schreynerschen und Ranischen Haus sowie aus dem Erdgeschoss des Gartensaales bestanden. Dieser Komplex wurde 1838 unter Einbeziehung des ehemaligen Wohnhauses Johann Christoph Knöffels zum Sitz des Königlichen Finanzministeriums umgebaut, das hier bis 1896 verblieb.

Der Kernbau des Palais Brühl wurde 1826 als Residenz für den Thronfolger Prinz Maximilian von Sachsen und seine Gemahlin neu ausgestattet. Eine weitere Neueinrichtung dieser Räume fand 1854 statt. Von da an bis 1877 nutzten Maria Anna von Bayern und Amalie Auguste von Bayern, die Witwen der sächsischen Könige Friedrich August II. und Johann, das Palais als Wohnsitz.

Teile des Palais und des Gebäudeensembles dienten als Bildungseinrichtungen und wurden für Ausstellungszwecke genutzt. Zu den größten Nutznießern gehörte die 1764 gegründete Kunstakademie. Bis 1787 waren die Ateliers, die Lehr- und Ausstellungsräume im Fürstenbergischen Palais untergebracht, das zu diesem

Zweck umgebaut wurde.¹ 1787 siedelte die Akademie in die ehemalige Brühlsche Bibliothek über, die von 1789 bis 1791 umgebaut und den Bedürfnissen angepasst wurde.

Der Gartensaal im zweiten Obergeschoss des Palais Brühl mit den beiden Verbindungsräumen zum Festsaal stand seit 1824 den Ausstellungen der Kunstakademie zur Verfügung, bevor der Galerieinspektor Friedrich Matthäy 1833 dort die »Galerie Vaterländischer Prospekte«, in der die Gemälde von Johann Alexander Thiele und Bernardo Bellotto ausgestellt waren, einrichtete und die bis zum Neubau der Gemäldegalerie durch Gottfried Semper 1855 dort Bestand hatte. Aus dieser Zeit stammt der Begriff »Canaliettosaal«.² Der Festsaal im zweiten Obergeschoss wurde seit 1824 für die Ausstellungen der sächsischen Industrie genutzt und nahm nach 1854 die Kupferstichsammlung von Friedrich August II. auf.

Die ehemalige Brühlsche Gemäldegalerie wurde seit 1780 als »Doublettensaal« der kurfürstlichen Bildergalerie genutzt, in dem Gemälde aus den Depots und solche aus den ehemaligen Privaträumen König Augusts III. gezeigt wurden. Dieser Doublettensaal bestand bis 1830. Von da an wurde das Gebäude als Ausstellungssaal der Akademie und für Malerateliers verwendet, ein Teil der Sammlung ging in der oben beschriebenen »Galerie Vaterländischer Prospekte« auf. 1813 diente die Brühlsche Bildergalerie den französischen Besatzern für militärische Zwecke; die russische Landesverwaltung gebrauchte sie zur Veranstaltung von Konzerten und Bällen.

Im Gartenpavillon auf dem Wall, oberhalb der sogenannten Piatta Forma zwischen Palais und Bildergalerie, befand sich ab 1814 die neu entstandene Industrieschule. Bis 1833 war dort die 1828 gegründete Technische Bildungsanstalt, der Vorläufer der heutigen Technischen Universität, untergebracht. Danach stand der Pavillon dem Bildhauer Ernst Rietschel bis zu dessen Tod als Atelier zur Verfügung.

Im Brühlschen Theater fand von 1843 bis 1886 die Dreysische Singakademie ihr Übungs-



// Kupferstichsammlung Friedrich Augusts II., ehemals Festsaal im Brühlschen Palais, vor 1898

und Auftrittsort. Die Nutzung der ehemals Brühlschen Gebäude für die Öffentlichkeit wurde erst 1814 durch den Anbau der Treppenanlage zum Schlossplatz ermöglicht, wodurch die Öffnung des bis dahin streng kontrollierten Zuganges erfolgte. Die Ausführung leitete der königliche Hofbaumeister Gottlob Friedrich Thormeyer aufgrund eines Befehls des russischen Stadtkommandanten Nikolai Grigorjewitsch Repnin-Wolkonski, der während seiner Amtszeit 1813/14 sein Domizil im Brühlschen Palais hatte. Das Haus bot in der Zeit

der Napoleonischen Kriege auch anderen prominenten Besuchern Unterkunft, so 1807 dem französischen Staatsmann Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, 1809 Jérôme Bonaparte, dem Bruder Napoleons und König von Westfalen, und 1813 Zar Alexander I. von Russland.

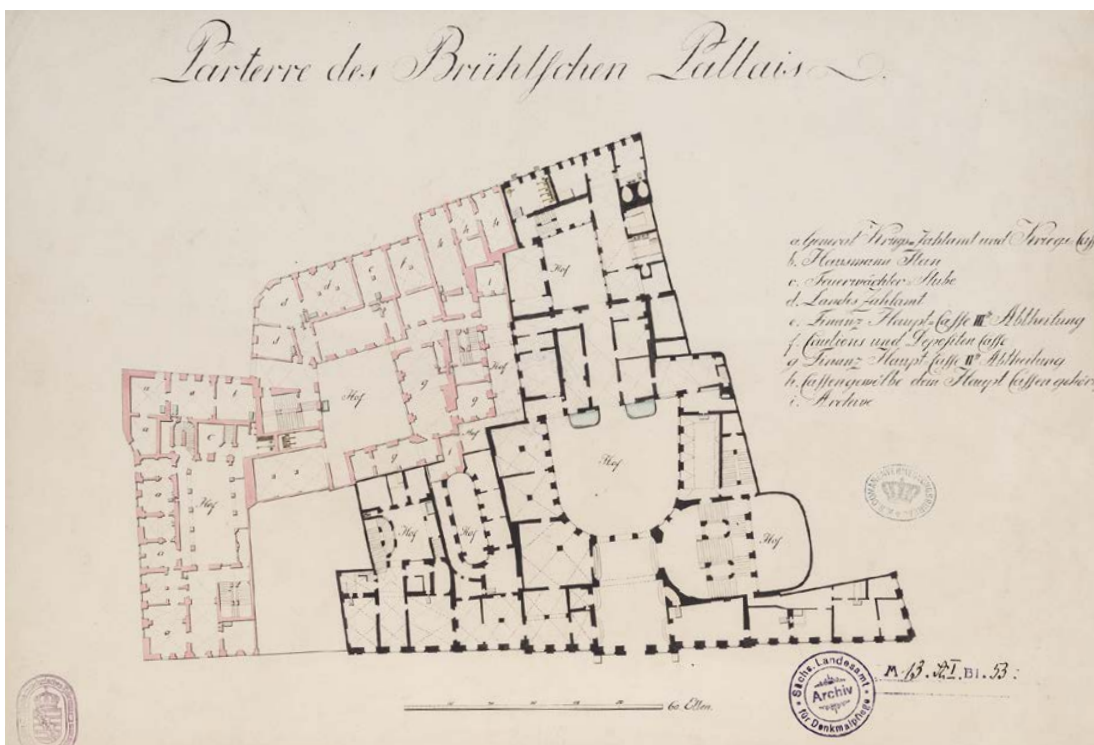
Internationale Bedeutung erlangte das Brühlsche Palais noch einmal bei den Dresdner Konferenzen 1850/51, bei denen die Mitglieder des Deutschen Bundes unter Führung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Theodor Freiherr von Manteuffel und dessen österreichischen Amtskollegen Felix zu Schwarzenberg mehr oder weniger ergebnislos über die Zukunft des Staatenbundes berieten. Ähnlich dem Wiener Kongress von 1814/15 begleitete auch diese Zusammenkunft von Politikern und Diplomaten eine Vielzahl von festlichen Ereignissen. Aus diesem Anlass war das Palais Brühl zum letzten Mal ein Schauplatz der internationalen Diplomatie.³

1 Vgl. Hochschule für Bildende Künste Dresden (Hrsg.): Dresden. Von der königlichen Kunstakademie zur Hochschule für Bildende Künste (1764 – 1989), Dresden 1990, S. 598.

2 Harald Marx (Hrsg.): Die schönsten Ansichten aus Sachsen. Johann Alexander Thiele (1685 – 1752). Zum 250. Todestag. AK Gemäldegalerie Alte Meister Dresden, Dresden 2002, S. 84.

3 Vgl. Jonas Flöter/Günther Wartenberg (Hrsg.): Die Dresdner Konferenz 1850/51. Föderalisierung des Deutschen Bundes versus Machtinteressen der Einzelstaaten, Leipzig 2002.

// Dresden, Palais Brühl und Fürstenberg, 1816, Grundriss des Erdgeschosses // Landesamt für Denkmalpflege Sachsen



SERVICE



Landtagskurier per E-Mail abonnieren

Der Landtagskurier freut sich über digitalen Zuwachs. Neben der gedruckten Ausgabe ist seit Ende letzten Jahres ein E-Mail-Abo der Parlamentszeitschrift bestellbar. Es erscheint in einem modernen Newsletter-Layout zusammen mit der Druckausgabe, meist sogar ein paar Tage früher. Da immer mehr Informationen am Bildschirm gelesen werden, hat sich die Redaktion entschieden, den digitalen Verteilweg auszubauen. Am gedruckten Heft und den bisherigen Abonnements, wie etwa dem Postversand, ändert sich nichts.

Der digitale Landtagskurier kann auf der Internetseite des Sächsischen Landtags abonniert werden. Er ist genau wie die Druckausgabe kostenlos erhältlich.

BESTELLBAR UNTER

[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/landtagskurier/
bestellen-eabo](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/landtagskurier/bestellen-eabo)



»Wer, wie, was? Schnell erklärt!« – die Videoreihe zum Sächsischen Landtag

Was genau machen eigentlich die Abgeordneten im Landtag? Halten sie nur immerzu Reden und stimmen über Gesetze ab? Die Videoreihe »Wer, wie, was? Schnell erklärt!« zeigt unter anderem, wie die tägliche Parlamentsarbeit abläuft, wie ein Gesetz entsteht und wie der Landtag gewählt wird. Zu sehen ist auch, wie die Abgeordneten das Geld in Sachsen verteilen.

Anschauen können Sie die kurzen Videoclips auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags.



YouTube-Kanal
Sächsischer Landtag



Die Wintersonne blinzelte Anfang Januar neugierig durch die Alleebäume vor dem Sächsischen Landtag. Den Landtagsneubau mit seiner einladenden Glasfassade entwarf der Architekt Peter Kulka. // Foto: Landtag



[www.landtag.sachsen.de/
de/service/publikationen/
index.cshhtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshhtml)



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.cshhtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshhtml)



Der Sächsische
Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/
sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

24.03. – 25.03.2021
18.05. – 21.05.2021
23.06. – 24.06.2021
21.07. – 22.07.2021
29.09. – 30.09.2021
18.11. – 19.11.2021
21.12. – 22.12.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher bis auf Weiteres geschlossen. Möglich sind hingegen digitale Führungen per Live-Videokonferenz.

Fragen dazu sowie zu bestehenden Reservierungen beantwortet Ihnen der Besucherdienst unter Tel. 0351 493 5132.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/aktuelles/landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 11.02.2021

Gastautoren: Martin Schuster (Landesamt für Denkmalpflege)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.